

# Das Image der Europäischen Union in den russischen Medien

VON GENNADY KULBITSKIY

Ich bin fest davon überzeugt, dass man keinen besseren Zeitpunkt für unsere Diskussion finden kann. Erstens werden die nächsten Wochen für die Zukunft der Europäischen Union entscheidend sein – ganz nach dem Prinzip: man muss steigen oder sinken, herrschen und gewinnen, leiden oder triumphieren, Amboss oder Hammer sein. Ich meine dabei die kommenden Parlamentswahlen in Griechenland am 17. Juni. Zweitens: am 3. Juni hat in St. Petersburg der EU-Russland Gipfel stattgefunden, welcher gezeigt hat dass die Beziehungen zwischen Brüssel und Moskau zurzeit doch nicht so rosig sind. Deswegen kann man unsere Diskussion auch als eine gewisse Fortsetzung des Gipfels bezeichnen, jedoch ist es eine Fortsetzung auf Expertenebene.

*"Das öffentliche Image der EU in den russischen Medien"* ist mein eigenes Spezialgebiet. Die Medienlandschaft in Russland wird immer vielfältiger. Und das Bild der EU in den Medien wird von Tag zu Tag zerrissener.

Eine ausländische Studie hat gezeigt, dass Russland europäischer Marktführer bei der Internetnutzung der über fünfzehnjährigen geworden ist. Ende des Jahres 2011 ließ das World Wide Web verlauten, dass 373.433.000 Europäer Internetnutzer sind. 50.810.000 Internetnutzer hat die Russische Föderation, das sind 670.000 mehr als in Deutschland.

Das erste Merkmal der russischen sozialen Netzwerke ist, dass sie die Funktion der Medien übernehmen, die diese wegen der Besonderheiten des russischen politischen Klimas vernachlässigen. Im Gegensatz zu den Offline-Medien, die unter direktem oder indirektem Einfluss stehen, sind soziale Netzwerke eine Plattform für den freien Austausch von Meinungen und für Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Standpunkten.

Das zweite Merkmal ist, dass die Landschaft der Online-Medien in Russland viel reicher und vielfältiger ist, als die der Printmedien. Online-Medien sind leichter zu registrieren und deshalb ist es einfacher, eine Einflussnahme der Regierung bzw. regionaler Beamte zu vermeiden. Im Bereich der Druck-Medien gestaltet sich der Markteintritt viel schwieriger. Er ist mit hohen Kosten verbunden, zum Beispiel für Papier, sowie den vielen rechtlichen Hindernissen für die Eintragung und Bekanntmachung. Die Wirtschaftskrise bedeutete für einige Zeitungen und Zeitschriften das Aus, stimulierte aber die Entwicklung von Online-Medien. Online-Ausgaben sind eben viel billiger und schneller zu organisieren und sind leichter für das Publikum zugänglich. Sie sind in Krisenzeiten überlebensfähiger. In Russlands Städten hat die Bevölkerung ein sehr hohes Bildungsniveau. Unzählige junge, qualifizierte Fachkräfte beginnen ihren beruflichen Werdegang in den Internet- und IT-Technologien. Diese Sphäre ist weniger korruptionsanfällig; außerdem gibt es in diesem Bereich noch wenige Auflagen sowie geringere Bürokratie. Daher ist die Anzahl der Online-Projekte so groß. Die gleichzeitige Kombination von hohem Bildungsniveau und geografisch weit voneinander entfernten Standorten bestimmt das hohe Interesse der Leser an der Online-Sphäre. Deshalb gibt es in Russland so viele Blogger und Nutzer von Online-Medien.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EU-RUSSLAND-DIALOG

Juni 2012

www.eu-russland-dialog.eu

Aber je mehr Blogger sich als Journalisten verstehen, desto unqualifizierter wird ihre Analyse.

Das dritte Merkmal ist der Trend zu den sozialen Netzwerken. In Russland sind soziale Netzwerke ein relativ junges Phänomen. Sie entwickelten sich viel später als in den USA und Europa. Heute sind die sozialen Netzwerke „Klassenkameraden“, „V-Kontakte“, „Facebook“, „Twitter“ und „Living History“ die Spitzenreiter der russischen Branche. Und alle neuen Projekte der sozialen Netzwerke ziehen sofort die Aufmerksamkeit der Online-Nutzer auf sich.

Um die Meinungsfreiheit der Mitarbeiter in den Massenmedien ist es in Russland nicht besser oder schlechter gestellt als anderswo in der Welt. Jeder Herausgeber hat seine eigene Linie und Ausrichtung, die von den Mitarbeitern eingehalten werden muss. Ein Abweichen von dieser Positionierung wird in der Regel nicht toleriert.

Im Jahre 1992 vollzog sich in Russland ein Wandel in den Massenmedien. In der Marktwirtschaft wurde die Abhängigkeit der Presse vom Staat durch die Abhängigkeit der Presse von ihren Großaktionären substituiert. Es scheint mir, dass dieses Problem heute noch existiert.

Es gibt keine Zeitung, die ernsthafte Analysen bietet und dabei hohe Auflagen hat. Alle großen Zeitungen verlieren Leser. Ich muss an dieser Stelle zu Gunsten der *„Russischen Zeitung“*, einem großen Verlag, eine Überlegung anführen. *„Rossijskaja Gaseta“* ist eine regierungsnaher Zeitung, die eigentlich zur Unterstützung der Regierung tätig ist. Aber die Publikationen der Zeitung sind vielfältig: das eine Mal wird kritisch berichtet, das andere Mal positiv. Die Zeitung verherrlicht nicht blind die Regierung; sondern sie betrachtet die Politik der Regierung durchaus von mehreren Seiten.

In diesem Sinne spielen Zeitungen eine sehr wichtige Rolle für die Gesellschaft. Wenn sie täglich Zeitung lesen, wissen sie was in der Welt vor sich geht. Wenn sie keine Zeitungen lesen und nur Nachrichten aus dem Internet konsultieren, ist die Anzahl der einzelnen Nachrichten sehr groß.

Das Internet offeriert ständig neue Meldungen des Tages. Und da ist es oft schwierig, die wichtigen Nachrichten von den unwichtigeren Nachrichten zu trennen. Dies, denke ich, ist die größte Schwäche des Internets.

Ich denke, dass obwohl die Boulevardpresse in den Augen mancher ekelhaft ist, sie trotzdem einen gewissen Zweck in der Gesellschaft erfüllt. Die Engländer würden den Ausdruck *„herüberpfeifen“* benutzen. Dies bedeutet, dass die Aufmerksamkeit der Menschen gelenkt werden muss. Genau dies tut die Boulevardpresse. Es ist ein schmutziger Job und manchmal übertreibt es die Boulevardpresse mit ihren Enthüllungen. Doch sie spricht auch Themen an, die gesellschaftlich sinnvoll sind.

Und genau unter solchen Umständen wird in Russland das Thema Europäische Union behandelt. In der Presse betrachtet man die Entwicklung mit zweierlei Augen: mit einem lachenden und einem weinenden.

Warum mit einem weinendem?

Wie die Wirtschaftskrise gezeigt hat, sitzt Moskau mit Brüssel in einem Boot und den meisten Russen leuchtet dies durchaus ein. Für Russland könnte der Rückgang des Euro weitreichende Folgen haben – Folgen, die gravierender sein könnten als in Griechenland und Spanien. Fällt der Eurokurs, so fallen auch die Ölpreise als Folge sinkender Nachfrage.

Der russische Rubelkurs ist in den letzten Tagen durch die langfristigen Tiefs in Europa wiederholt gefallen. Der anhaltende Rückgang der Weltmarktpreise für Öl und die Flucht der Investoren aus riskanten Anlagen, provozierten neue spekulative Angriffe auf den Rubel, die von der Staatsbank nicht abgewehrt werden konnten.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EU-RUSSLAND-DIALOG

Juni 2012

[www.eu-russland-dialog.eu](http://www.eu-russland-dialog.eu)

Die Interventionen der russischen Staatsbank, begrenzt auf den Verkauf von Fremdwährungen an der Börse, wurden von vielen als unzureichend bezeichnet. Das Volumen der Devisenverkäufe war minimal, was die Rubelabwertung nicht stoppen konnte.

Der Dollar stieg gegenüber dem Rubel nach Eröffnung des Handels an den Börsen um 5 Cent auf das Rekordniveau von 32,82 Rubel. Der Euro stieg gegenüber dem Rubel um 15 Kopeken auf 40,75 Rubel.

Die Situation auf den Rohstoff- und Kapitalmärkten ist weltweit weiterhin äußerst ungünstig für die russische Währung. Hinzu kommt, dass wenn der Ölpreis auf weniger als 100 Dollar pro Barrel fällt, dann auch die erwarteten Steuereinnahmen in Russland fallen, sodass ein neues Haushaltsdefizit entsteht.

In diesem Sinne versucht man in Russland Argumente dafür zu finden, warum Griechenland unbedingt in der Eurozone verbleiben muss.

Es ist ein problematisches und schwieriges Unterfangen, wenn Griechenland sich dazu entschließen sollte, vom Euro zur Drachme zu wechseln. Es könnte selbst Griechenland mehr schaden als nutzen. Einige Politiker, vor allem in Deutschland, ließen in den Massenmedien verlauten, Griechenland solle die Eurozone verlassen um danach eine Währungsabwertung durchzuführen. Seriöse Ökonomen nehmen solche Vorschläge nicht ernst. Viele Gründe sprechen gegen dieses Vorhaben. Der wichtigste Grund ist der, dass Griechenland damit Neuland betreten wird. Bei der Gründung der Währungsunion haben die Mitgliedsregierungen die Möglichkeit des Ausscheidens eines Mitgliedes nicht besprochen. Das sieht man daran, dass institutionelle Mechanismen nicht geschaffen wurden, um aus der Euro-Zone auszusteigen. Ein Vertreiben Griechenlands aus der Euro-Zone kann auch ganz schön teuer werden, sowohl für die EU als auch für das Land selbst.

Man stelle sich nur vor, Griechenland führe eine Abwertung der Währung durch und fiele in eine tiefe Rezession, wodurch ein starker Rückgang des inländischen Verbrauchs sowie eine signifikante Reduktion der Einkommen einträten. In diesem Fall würden ihre Staatsanleihen wertlos, inklusive jener Anleihen, die von der EZB als Sicherheit für Kredite akzeptiert wurden. Weil der Austritt aus der Euro-Zone zwangsläufig den Zusammenbruch des griechischen Bankensystems mit sich bringt und als Folge dessen sowohl Einlagen als auch externe Investitionen verloren gehen würden, ist der Übergang Griechenlands zur nationalen Währung keine akzeptable Lösung.

Jüngste Meinungsumfragen in Griechenland zeigen, dass 78 Prozent der Befragten den Verbleib in der Euro-Zone wünschen.

Auf den ersten Blick erscheint dies paradox, da die gleichen Befragten die Koalition der radikalen Linken, SYRIZA, wählen werden, welche verspricht die Einigung auf Sparmaßnahmen im Gegenzug für Darlehen von der EU aufzugeben. Die Erklärung liegt in der Tatsache, dass SYRIZA Menschen davon überzeugt hat, dass die Kreditgeber aus Angst eines möglichen Zusammenbruchs der Euro-Zone oder einer möglichen Insolvenz Griechenlands Kredite auch ohne schmerzhaftes Haushaltskürzungen vergeben werden. Die Wähler glauben, dass eine Abkehr von Sparmaßnahmen bessere Aussichten für Wirtschaftswachstum biete.

Die griechische Zeitung *Ethnos* schreibt unter Berufung auf das deutsche Magazin *Wirtschaftswoche*, dass ein Austritt Griechenlands aus der Eurozone die EU-Länder 276 Milliarden Euro kosten wird. Nach dieser Schätzung wird ein Austritt Griechenlands aus der Eurozone Deutschland allein etwa 76,6 Milliarden Euro kosten und den Internationalen Währungsfonds weitere 21,7 Milliarden Euro.

Die britische Zeitung *Guardian* schätzte den wirtschaftlichen Schaden für Europa durch ein Ausscheiden Griechenlands aus der Eurozone auf eine Billion Dollar.

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

**EU-RUSSLAND-DIALOG**

Die Gespräche Griechenlands mit seinen Gläubigern gehen weiter, ohne dass jemand deren Ergebnis vorhersagen kann. Vertreter der EU und des IWF bestanden darauf, dass Griechenland strikt die vereinbarten Verpflichtungen erfüllen muss, um die nötigen Mittel zu erhalten und den Bankrott zu vermeiden.

**Juni 2012**

**[www.eu-russland-dialog.eu](http://www.eu-russland-dialog.eu)**

## LACHENDE AUGEN – DIE EU KONFRONTIERT MIT DEM BALDIGEN AUS.

Andrew Bunich, ein führender russischer Wirtschaftsexperte äußert sich wie folgt zu dem Thema: *„Ich stimme mit George Soros überein. Immer mehr Geld wird von ausländischen Kreditgebern bereitgestellt. Die Probleme werden nicht behoben. Der Euro-Raum wird mit großen Problemen konfrontiert werden. Ich würde den Russen empfehlen, ihre Euros loszuwerden. Der Euro wird noch zehn Jahre lang Kopfzerbrechen bereiten. Europa ist in eine tiefe Krise verwickelt. Und das ist erst der Anfang. Es gibt drei Handlungsoptionen und sie sind alle schlecht. Der erste Weg ist die Haushaltskonsolidierung. Die zweite Möglichkeit sind die Sparmaßnahmen, die die Menschen in den betroffenen Ländern ablehnen. Und sie beginnen damit einen negativen politischen Prozess. Die dritte Möglichkeit ist, dass Griechenland sich kontrolliert und stückweise vom Regime des Euro löst. Feststeht heute, dass wenn die EU jetzt nicht in Griechenland einschreitet, wird sich die Krankheit weiter nach Italien, Spanien und Portugal ausbreiten. Sie können ohne diese Schritte nicht überleben, denn wenn sie das nicht tun, geschehen zwei Dinge. Euroaustritt und Schuldenschnitt um wettbewerbsfähig zu sein. Das heißt, Ein-Schritt-Abwertung. Und dies ist das beste Szenario. Der weitere Bestand in der Eurozone bedeutet das Problem noch schlimmer zu machen. Dann kommt es zu einer Erweiterung und man läuft Gefahr dass die Europäische Union als Ganzes erfasst wird.“*

Laut Jewgeni Fjodorow, ein Mitglied der Staatsduma: *„Die Krise ist eine Fortsetzung der großen Möglichkeiten, um das europäische Imperium zu stärken. Die Starken fressen die Schwachen. Was war Deutschland vor fünfzehn Jahren? Es war ein Land mit einem Überschussbudget. Im Laufe der Jahre hat Deutschland seine Schulden auf 300 Prozent des BIP erhöht. Man teilte einfach die Schulden unter den Ländern auf und das Geld floss an Polen, Spanien, Portugal und Ungarn, um dort zu bestechen. Ziel war die Schaffung eines großen, europäischen Reichs. Hier hat sich nichts geändert: Deutschland setzt die Politik von Bismarck, Adenauer und Kohl fort, nur dass es heute die Politik der jetzigen deutschen politischen Elite ist. Sie werden diesen Kurs einhalten, bis Sie einen europäischen Staat errichtet haben. Es wird das Großreich sein, von dem Bismarck träumte.“*

Und zuletzt noch eine Meinung von Vaclav Klaus: *„Jeder Versuch ein einheitliches Regierungssystem für einen Kontinent zu erarbeiten, ist sehr gefährlich.“*

Der Russland-EU-Gipfel am 3. und 4. Juni in St. Petersburg versprach seinen Teilnehmern einen Cocktail von Diskussionsthemen und Fragen. Die Euro-Krise und ihre Auswirkungen auf die russische Wirtschaft, die schwierigen Verhandlungen über Visa-Fragen, die Differenzen in der Energiewirtschaft, die Folgen des russischen WTO-Beitritts am 1. Juli die Bedrohung durch den groß angelegten Konflikt in Syrien sind nur einige der Punkte, die auf der Tagesordnung standen. Ach, niemand sollte von diesen Themen schicksalhafte Ergebnisse erwarten.

Russland und die EU sind gleichermaßen an der Rettung des Euro und der Wiederherstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichts in Europa interessiert. Eine Fortsetzung der Krise würde insbesondere zu einem weiteren Sinken der spekulativen Energiepreise führen, was der russischen Wirtschaft schaden würde. Russland sorgt sich um die Gesundheit der europäischen Währung und daher auch über die Tatsache, dass der Euro etwa 40 Prozent unserer Währungsreserven darstellt.

Jedoch können historische Veränderungen in der Eurozone frühestens in zwei Wochen beginnen. Ein historisches Datum könnte der 17. Juni werden, wenn in Griechenland vorgezogene Parlamentswahlen stattfinden. Im Fall von Griechenland wird ein Ausstieg aus dem Euroraum nicht ausgeschlossen, trotz der Tatsache, dass der Austrittsmechanismus noch nicht existiert. Die Frage ist, ob der Rest der Eurozone diesem Schock Stand hält und weder die Euro-Länder noch Russland kennen die Antwort.

Was das Visa-Abkommen betrifft, so ist anzumerken, dass der Zeitpunkt der Einführung des visafreien Reiseverkehrs noch nicht in Sicht ist.

Die Verhandlungen zwischen Russland und der EU in diesem Bereich entwickeln sich in zwei Richtungen. Die erste Richtung ist eine weitere Liberalisierung des Visaregimes. So ist unter anderem die Erweiterung des Kriterienkatalogs zur vereinfachten Einreise von EU-Bürgern vorgesehen. Der nächste Schritt ist, dieses Recht auf kurzfristige, visafreie Reisen in die EU auf Inhaber von Dienstpässen zu erweitern. Im Moment genießen nur die Inhaber von russischen Diplomatenpässen ein solches Recht.

Der zweite Bereich sind die eigentlichen Verhandlungen über das visafreie Reisen. Bei dem letzten EU-Russland-Gipfel in Brüssel im Dezember 2011 wurde eine Liste gemeinsamer Schritte abgestimmt, um die Einführung des visafreien Regimes vorzubereiten.

Russlands Ständiger Vertreter bei der EU, Wladimir Tschischow, verlautete: *„Die russische Seite hat der Europäischen Kommission einen Bericht über die Umsetzung der ersten Stufe der gemeinsamen Schritte vorgelegt.“* Ihm zufolge ist der Bericht *„auf Russisch und das Volumen umfasst über 200 Seiten.“* Deshalb hat die Europäische Kommission heute *„bereits eine Ausschreibung für die Übersetzung dieses Dokuments bekannt gegeben.“*

Der russische Gesandte sagte, dass Russland einen ähnlichen Bericht über die Umsetzung des von der EU zu erfüllenden Teils dieser Schritte erwartet. Es gibt keine Fristen für die ordnungsgemäße Einführung des visafreien Regimes zwischen der EU und Russland.

Der Beitritt Russlands zur WTO wird von Moskau und Brüssel mit großer Ungeduld erwartet. Laut Wladimir Tschischow sollen nach Russlands Beitritt wieder Verhandlungen über ein neues strategisches Partnerschaftsabkommen mit der EU stattfinden. Er erinnerte daran, dass die Verhandlungen im Jahr 2008 eingeleitet wurden, sich bereits über 12 Runden erstreckten, aber im vergangenen Jahr pausieren mussten. Der Hauptgrund für die Verzögerung der Verhandlungen sei der Beginn der Arbeit am Abschnitt über die Investitions- und Handelssysteme.

Die Entwicklung dieses Abschnitts fällt mit den Verhandlungen zum WTO-Beitritt in das gleiche Thema, so dass es aus russischer Sicht keinen Sinn macht es zu harmonisieren, bevor volle Klarheit über das Ergebnis der Beratungen zur WTO existieren.

Allerdings kann der Beitritt Russlands zur WTO auch noch andere Folgen haben.

Laut zahlreicher europäischer Experten könnte Russlands Beitritt zur WTO die Chancen auf erfolgreiche Verfahren am Europäischen Gerichtshof erhöhen, sodass die EU auf eine weitere Liberalisierung der russischen Wirtschaft für europäische Waren hoffen kann.

Russland ist heute die größte Volkswirtschaft, die bisher noch nicht der WTO beigetreten ist. Die Erfahrungen früherer WTO-Beitritte anderer großer Volkswirtschaften im Jahr 2005 zeigen, dass trotz der vorläufigen Vereinbarungen starke Erschütterungen im Welthandel durch Chinas Beitritt entstanden sind. So wurden die EU-Länder nach der Abschaffung der Kontingente für die Einfuhr chinesischer Textilprodukte mit billiger Kleidung und Schuhware aus China überflutet, was zu einer zweifachen Minderung der europäischen Textilindustrie führte.

Wladimir Tschischow sagte: *„Ich glaube nicht, dass es zu einem Handelskrieg kommen wird. Russland hat während der Verhandlungen über seinen WTO-Beitritt mehr als 18 Jahre lang - länger als China - Zugeständnisse für den Handel gemacht.“*

Über die russischen Veterinär- und phytosanitären Standards sagte Wladimir Tschischow: *„Es geht nicht um den Handel, sondern um die Gesundheit sowie den Schutz der Gesundheit der russischen Konsumenten. Dies ist nicht der Zuständigkeitsbereich der WTO.“* In Russland sind diese Regeln zu einzelnen Bestimmungen sogar viel strenger als in der EU. In dieser Hinsicht glauben viele Beobachter, dass nach dessen WTO-Beitritt Russlands erste Forderung an den Europäischen Gerichtshof eine Revision der Geschäftsordnung des Agrarhandels sein wird.

Die Europäische Kommission ist der Auffassung, dass die Trennung von Produzent und Netz den EU-Energiemarkt wettbewerbsfähiger machen wird, was auch positiven Einfluss auf die Entwicklung der Verbraucherpreise sein wird. *„Rund um das dritte Energiepaket in Europa existiert eine paradoxe Situation: Investoren sind bereit echtes Geld nur für die Infrastrukturprojekte, denen ein außergewöhnlicher Status gewährt wird, im Sinne einer Freistellung vom dritten Energiepaket, zu investieren“*, sagte Wladimir Tschischow.

Was die Situation in Syrien betrifft, so lassen diplomatische Quellen verlauten, dass die EU versuchen wird, Russland davon zu überzeugen, seine Position gegenüber Damaskus im UN-Sicherheitsrat deutlich zu verschärfen. Wladimir Tschischow sagte als Reaktion auf diese Information, dass Russland Druck auf Damaskus ausübt, um die Kämpfe zu beenden und dass er in Syrien von seinen westlichen Partnern einen ähnlichen Druck auf die syrische Opposition erwartet.

Der Syrien-Dialog zwischen Russland und der EU hat heute fast diplomatische Normen erreicht. Der Vertreter des Außenministeriums der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten und den USA hat bereits mehrmals darauf hingewiesen, dass Moskaus Unterstützung für Damaskus im gewissen Maße auch für den Konflikt mitverantwortlich ist. Gleichzeitig verweisen russische Experten und Analysten auf den Umstand, dass eine Teil-Verantwortung für den Ausbruch des Bürgerkriegs bei den Ländern der Sicherung liegt sowie bei einigen ihrer Verbündeten im Mittleren Osten, wie zum Beispiel Katar, welche aktiv die Aktionen der gegnerischen Kräfte von Damaskus unterstützen und sie sogar, so behaupten einige Quellen, auch mit Waffen versorgen.

Dennoch stimmen Russland und die EU darin überein, dass die beste Handlungsoption in Syrien eine Implementierung des Plans des UN-Sonderbeauftragten der Liga der Arabischen Staaten, Generalsekretär Kofi Annan, ist. Aber wie man diesen Plan in der Praxis anwenden kann, hat bis jetzt noch niemand verstanden.

Ich möchte die Gelegenheit ergreifen, um über die Beziehungen zwischen der EU und der Russischen Föderation zu sprechen sowie über deren Entwicklung und Perspektiven.

Der heutige Stand der Beziehungen zwischen der Russischen Föderation und der EU ist ausgeglichen und stabil, obwohl es in der Vergangenheit durchaus zu Missverständnissen kam.

Die letzte akute politische Krise liegt mehr als drei Jahre zurück. Als Reaktion auf die Einmischung in den Krieg in Georgien hatte Brüssel im August 2008 die Verhandlungen mit Moskau über ein neues Abkommen für strategische Partnerschaft ausgesetzt. Allerdings war diese Krise nicht von Dauer. Nach einigen Monaten wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen. Brüssel hatte durch sein überstürztes Handeln die strategische Partnerschaft weit zurückgeworfen. Das neue Abkommen ist noch immer nicht unter Dach und Fach, obwohl die Zusammenarbeit auf dem Gebiet zwischen der EU und der Russischen Föderation ununterbrochen fortbestand.

Die Salatkrise des Sommers letzten Jahres, bei der 50 Menschen nach dem Verzehr von infiziertem Gemüse starben, hatte nicht nur auf die Europäische Union, sondern auch auf die Russische Föderation Auswirkungen.

Moskau musste aus Sorge um die Gesundheit der Bevölkerung die Einfuhr von Gemüse und Sojasprossen aus der Europäischen Union vorübergehend stoppen. Diese Maßnahme wurde von Brüssel sofort als unverhältnismäßig bezeichnet. Erwidert wurde, dass Brüssel zu sehr darum bemüht sei die finanziellen Verluste der Landwirte zu begrenzen und dabei das Leben und die Gesundheit der Konsumenten völlig außer Acht lässt.

Der Schlagabtausch in den Massenmedien dauerte etwa drei Monate. Moskau lies die Einfuhr von Gemüse aus der EU sofort wieder zu, sobald der Erreger der Infektion ermittelt wurde und Brüssel alle notwendigen Maßnahmen zu dessen Bekämpfung traf.

Doch nicht immer ist Brüssel so effizient. Achtzehn Monate lang konnte die EU das Problem mit dem polnischen Umschlagplatz für illegale Fleischre-exporte aus Asien in die Russische Föderation nicht lösen, weswegen Moskau den Fleischexport aus Polen ganz einstellen musste.

Ansonsten waren die Beziehungen zwischen Russland und der EU nach 2008 so glatt, dass sogar der Eindruck einer Stagnation entstand. Russlands Ständiger Vertreter bei der EU, Wladimir Tschischow, betonte einmal ironisch, dass unsere Zusammenarbeit mit der Europäischen Union im Gegensatz zu den USA *"ein Gaspedal brauche, und keinen Reset-Knopf."*

Allen Missverständnissen zum Trotz haben sich die wirtschaftlichen Beziehungen ständig weiterentwickelt. Es wurden zum Beispiel eine Reihe von kleinen Schritten in Richtung Visafreiheit gemacht. Obwohl natürlich Visafreiheit zwischen Europa und Russland noch immer Zukunftsmusik bleibt.

Auch hat die im Europäischen Parlament diskutierte Frage der Menschenrechte in der Russischen Föderation nach einigen Vorfällen während einiger Demonstrationen in Russland in den letzten Monaten zu keiner sichtbaren Spannung in den Beziehungen geführt. Es gab zwar wie so oft einen Schlagabtausch in den Massenmedien zwischen Moskau und Brüssel, doch sind nach einiger Zeit die Gemeinsamkeiten wieder auf den ersten Plan gerückt.

Was wird die Zukunft bringen?

Demnächst wird die Russische Föderation der Welthandelsorganisation (WTO) beitreten. Dieser Beitritt lässt auf den Abschluss der Verhandlungen über das neue Abkommen für strategische Partnerschaft zwischen Brüssel und Moskau hoffen, wie wiederholt beide Unterhändler in den Massenmedien verlauten ließen. Diese Ankündigung nährt die Hoffnung auf den Abschluss jahrelanger Verhandlungen, die im Jahre 2006 für ein halbes Jahr und wiederholt für drei Monate im Jahr 2008 ausgesetzt wurden.

Die letzten drei Jahre traten die Verhandlungsführer auf der Stelle. Begründet wurde der Stillstand mit dem baldigen Beitritt Russlands zur WTO. Aus offiziellen Stellen der EU hieß es: *„Das neue Abkommen setze die Mitgliedschaft Russlands in der WTO voraus. Diese erlaubt es, die allgemeinen Regeln der Welthandelsorganisation als Grundlage für das Abkommen zu adoptieren, was den Verhandlungsprozess sichtlich beschleunigen wird, weil dann nicht jeder einzelne Punkt ausgehandelt werden muss.“* Der Beitritt zur WTO wird somit einen positiven Einfluss auf die Beziehungen zwischen Russland und der EU haben.

Darüber hinaus können diese auch intensiver werden.

Die Beitrittsverhandlungen Russlands mit der Welthandelsorganisation dauerten 18 Jahre und die Beitrittsverträge wurden im November 2011 unterzeichnet. Die Verträge spiegeln den Bericht der WTO-Arbeitsgruppe wider, welcher die zahlreichen Verpflichtungen Moskaus zur Marktöffnung auflistet: zum Beispiel die Höhe der Importzölle und den Grad der möglichen staatlichen Subventionen der Landwirtschaft und der Industrie und so weiter.

Der Beitrittsvertrag ist das Ergebnis bilateraler Verhandlungen Russlands mit 57 WTO-Mitgliedern über den Warenverkehr und mit 30 Mitgliedern der WTO über Dienstleistungen, sowie das Ergebnis multilateraler Verhandlungen über die Systemanpassung an die WTO.

Mit dem WTO-Beitritt Russlands werden die Importzölle im Lande, die nach der Wirtschaftskrise 2007 zur Unterstützung der Chemie-, Metall-, sowie der Maschinenbau-Industrie angehoben wurden, schrittweise gesenkt.

Die durchschnittlichen Einfuhrzölle werden nach dem Beitritt Russlands zur WTO von derzeit 10 auf 7,8 Prozent sinken. Zwar nicht gleich am Beitrittstag, aber doch recht zügig. Für mehr als ein Drittel der Waren werden die Einfuhrzölle ab dem Beitrittstag gekürzt; für einen weiteren Teil der Waren greifen die Kürzungen binnen der nächsten drei Jahre. Die

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EU-RUSSLAND-DIALOG

Juni 2012

[www.eu-russland-dialog.eu](http://www.eu-russland-dialog.eu)

Einfuhrzölle für Geflügel werden die nächsten acht Jahre und für Autos, Hubschrauber und zivile Flugzeuge die nächsten sieben Jahre sinken.

Es sieht so aus, als ob der WTO-Beitritt allen Beteiligten wachsende Gewinne aus dem freien Handel bescheren wird.

Die Erfahrung mit dem WTO-Beitritt anderer Länder lässt Skepsis aufkommen.

Als Beispiel genügt es an Chinas WTO-Beitritt zu erinnern. Nach der Abschaffung der Einfuhrquote für chinesische Textilwaren nach Europa am 1. Januar 2005 verachtete sich in den EU-Ländern der Import billiger chinesischer Kleidung und Schuhwaren von Januar bis März. Die europäische Textilindustrie machte große Verluste.

Im ersten Quartal 2005 führte der unkontrollierte Zustrom chinesischer Textilprodukte zu einer Verringerung in der Produktion ähnlicher Waren von bis zu 12 Prozent in Griechenland. In Portugal sank die Produktion sogar um 30 bis 50 Prozent und in Slowenien um acht Prozent. Im gleichen Zeitraum stiegen die Einfuhren chinesischen Leinengarns um 56 Prozent, wodurch deren Herstellung in der EU um 25 Prozent sank. Im gleichen Zeitraum sank die Zahl der Beschäftigten in dieser Branche um 13 Prozent.

Im Laufe des Jahres haben die Europäische Union und China verhandelt und versucht, ein neues Gleichgewicht in diesem Bereich durch die Einführung neuer Quoten zu finden. Die EU und China waren sich am Ende einig, aber die Produktion von Textilwaren in Europa sank um 50 Prozent.

Im März 2005 hat die Europäische Kommission eine Klage gegen China bei der Welthandelsorganisation eingereicht. Die EU-Kommission warf China vor, übermäßige Importzölle für Autoteile zu erheben.

Es ist wichtig anzumerken, dass China vor dem WTO-Beitritt mit allen Parteien lange verhandelt hatte und es so aussah, als ob alles zur allgemeinen Zufriedenheit geregelt worden wäre. Leider hat die Praxis gezeigt, dass nicht alle Folgen des freien Handels im Voraus vorhergesagt werden können.

Russland hat keine solche Überschussproduktion wie China, welche den europäischen Markt überschwemmen könnte. Trotzdem haben die Europäische Union und Russland eine Reihe von grundlegenden Meinungsverschiedenheiten in den Ansätzen zur Regulierung des Handels, zum Beispiel was die Normen für Lebensmittel angeht.

Während des Importverbots für polnisches Fleisch in den Jahren 2006-2008 schockierte die europäische Öffentlichkeit die Erkenntnis, dass in der Russischen Föderation die zulässigen Normen für schädliche Verbindungen in den Lebensmitteln deutlich strenger sind als in der EU. In den Massenmedien verlautete die Europäische Kommission, dass die Anforderungen Russlands an die Qualität der Lebensmittel nur deswegen so hoch seien, um künstliche Import-Barrieren zu erstellen. Die EU ging dabei von der Prämisse aus, dass die eigenen Normen optimal seien und daher höhere Normen nur Schutzzölle sein können.

Als in der europäischen Salatkrise des vergangenen Sommers Russland die Einfuhr von europäischem Gemüse bis zur Klärung der Situation stoppen musste, wurde dieses Embargo von der EU-Kommission unter anderem mit der Begründung kritisiert, dass die Russische Föderation noch kein WTO-Mitglied sei und es deswegen nicht möglich sei, ihr diese Marktschließung auf Gefahrverdacht zu verbieten. Diese Behauptung war eine Farce: Die Welthandelsorganisation kennt den Begriff der höheren Gewalt und spricht den Mitgliedsstaaten das Recht zu, die Gesundheit ihrer Verbraucher zu schützen. Die Maßnahmen müssen nur vor der Organisation nachvollziehbar begründet werden.

Weiteres Konfliktpotenzial sind die Einfuhrzölle auf europäische Autos. Die Russische Föderation ist seit vielen Jahren darum bemüht, Investitionen in der einheimischen Maschinenbauindustrie anzukurbeln. Sie ist sehr daran interessiert, im Lande Montagewerke zu schaffen, welche Arbeitsplätze und Steuereinnahmen bringen sollen, statt nur ein Markt

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**

**EU-RUSSLAND-DIALOG**

**Juni 2012**

**[www.eu-russland-dialog.eu](http://www.eu-russland-dialog.eu)**

für im Ausland zusammengebauter Autos zu sein. Das war der Grund für die in den letzten Jahren laufend steigenden Einfuhrzölle auf Gebrauch- und Neuwagen.

Einen ähnlichen Grund haben steigende Ausfuhrzölle auf unbearbeitetes Holz in der Russischen Föderation. Das Land ist daran interessiert, die Entwicklung ihrer Holzverarbeitenden Industrie voranzutreiben.

Diese Beispiele verdeutlichen, dass die Interessen der EU und der Russischen Föderation auf diesen Gebieten grundverschieden sind. Und es sind nur die Bereiche, die während der Beitrittsverhandlungen ausdiskutiert wurden. Offene Fragen werden zwangsläufig auftauchen.

Die Liberalisierung des Handels ist nur eine schwer prognostizierbare Situation wie der WTO-Beitritt Chinas gezeigt hat. Die Europäische Union ist der wichtigste Handelspartner Russlands und dies bedeutet, dass Moskau nach dem WTO-Beitritt an ausgeglichenen Handelsbeziehungen mit der EU interessiert sein wird.

Ob es demnächst zu einem großen Handelsstreit zwischen der EU und Russland kommt, wird sich in den kommenden Monaten zeigen. Sicher ist aber, dass eine turbulente Zeit in den europäisch-russischen Beziehungen bevorsteht.